

Meinungsfreiheit? – In Deutschland darf man eben nicht "alles" sagen!

26 Juli 2022 22:05 Uhr

In unserer ach so "bunten" Multikulti-Gesellschaft geht es ansonsten ziemlich faschistisch zu: Denk-, Sprech- und Schreibverbote. Internet- und Social-Media-Zensur, das "Draufschlagen" auf politisch Andersdenkende und vieles andere mehr. Nur erlaubte Meinungen sind noch zulässig. Kritiker werden an die politisch-korrekte Wand gestellt. Die Vernichtung des politisch Andersdenkenden wird mit beinahe inquisitorischer Vehemenz vollzogen.



Quelle: Gettyimages.ru © Westend61/gettyimages

"Mit Essen spielt man nicht!" – Die traditionell gebräuchliche deutsche Bezeichnung für "Schaumküsse" zu verwenden, ist politisch nicht korrekt, aber die Süßigkeit sich ins Gesicht zu schmieren schon?

von *Thomas Frank*

Eine weitere Lüge ist das ebenfalls immer und immer wiederholte "In Deutschland darf man alles sagen". In der Theorie hört sich das gut an, aber in der Praxis resultieren daraus viele Nachteile. Hier meine Analyse:

Deutsche Redewendungen wie "Schwein gehabt", "Ich glaub, mein Schwein pfeift" oder "Ich lass die Sau raus" werden wohl bald indiziert, da sie Muslime und Veganer gleichzeitig beleidigen. "Zigeunerschnitzel", "Negerküsse", "Mohrenköpfe" und ähnliches sind von den Tugendwächtern ja schon längst als rassistisches "Nazi-Zeug" entlarvt worden.

Kritiker werden an die politisch-korrekte Wand gestellt

Gerade in unseren schwierigen Zeiten wird das Thema Grundrechte und Meinungsfreiheit immer wichtiger. Denn schon jetzt wird der "Corona-Leugner" oder "Ukraine-Krieg-Leugner" an die politisch-korrekte Wand gestellt. Man hat also zu glauben, was die Mehrheit glaubt und was die Regierung vorgibt, ansonsten ist man gesellschaftlich geächtet und wird stigmatisiert. Längst schon sind Begriffe wie "Hass" oder "Leugner" politische Waffen gegen Andersdenkende geworden.

Wenn der Staat Angst vor seinen eigenen Bürgern hat und dafür die grundrechtlich geschützte "Würde des Menschen" instrumentalisiert und ideologisiert, dann aber ist wahrlich etwas faul im Staate Dänemark.

Das Perfide: Offiziell gilt in Deutschland die Meinungsfreiheit und man könne doch alles sagen, was man wolle. Stimmt nicht: Denn erstens wird das, was man sagen darf, durch immer mehr Gesetze eingeschränkt und zweitens wird die Existenz derjenigen, die tatsächlich sagen, was sie denken, häufig bedroht.

Beispiel "Klima"

Wenn Sie glauben, dass man in Deutschland "alles" sagen darf, dann rate ich Ihnen, einmal zu erwähnen, dass Sie nicht an den "menschengemachten" Klimawandel glauben. Sie werden sehen, was das für Sie bedeutet!

Denn die Politik handelt mehrheitlich nach den Maßgaben des "Weltklimarats" (IPCC), der einseitig und subjektiv nur den "menschengemachten" Klimawandel propagiert. Das bedeutet, dass die meisten Universitäten und Forschungseinrichtungen sich nicht trauen, sich außerhalb dieser dogmatischen Richtlinien zu bewegen. Das könnte für wirklich objektive Wissenschaftler schnell das Aus für Forschungsgelder, Forschungsaufträge und die eigene Karriere bedeuten.

Denn inzwischen ist die Annahme vom "menschengemachtem Klimawandel" staatstragend und staatsgeschützt. Sogar Schulkindern wird dieses ideologische Weltbild eingepaukt. Für die Klimabefürworter bedeutet das: Posten, Anerkennung, Ruhm und Geld. Für die Klimaskeptiker: Ausgrenzung, Diffamierung, Jobverlust.

"Klimaleugner" sind "Rechte"

Laut Untersuchungen der Wissenschaftler Karin Edvardsson Björnberg, Mikael Karlsson, Michael Gilek und Sven Ove Hansson sind "Klimaleugner" in Deutschland überrepräsentiert unter Männern sowie unter Menschen aus Ostdeutschland (Karin Edvardsson Björnberg/Mikael Karlsson/Michael Gilek/Sven Ove Hansson: [Climate and environmental science denial: A review of the scientific literature published in 1990–2015](#), in: Journal of Cleaner Production, Band 167, 2017, S. 236). Politisch "leugne" die menschengemachte globale Erwärmung vor allem die AfD (Michael Brüggemann: Die Medien und die Klimalüge. Falsche Skepsis und echte Leugnung, in: Volker Lilienthal/Irene Neverla (Hrsg.): "Lügenpresse": Anatomie eines politischen Kampfbegriffs. Köln 2017, S. 143 ff.).

Die Klimahysteriker selbst haben keine Skrupel davor, sogar Nazi-Begriffe für jene zu verwenden, die anders denken und auch andere Forschungsergebnisse präsentieren. Jene nämlich, die sich nicht der *de*

facto "Öko-Diktatur" unterordnen, werden "Klimaleugner" (ist die Nähe zum Begriff "Holocaustleugner" gewollt?) und sogar "Klimaschädlinge" genannt. All das hatten wir schon einmal!

Reto Knutti von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich [bringt](#) jenes Prinzip auf den Punkt, nachdem Medien, Politiker und Wissenschaftler zum Thema "Klima" kategorisiert werden: "Wer politisch links ist, glaubt an den Klimawandel, wer rechts steht, eher nicht." So einfach ist das! Ausgrenzungen, Beleidigungen, Diffamierungen, Mobbing, so weit ist es in unserer "Meinungsunfreiheits-Zensur-Republic" also schon gekommen. George Orwell lässt grüßen.

Beispiel "Corona"

Die staatliche Propaganda für den nächsten "Corona-Herbst" läuft jetzt schon an. Ähnlich wie beim Thema "Klima" ist auch äußerste Vorsicht geboten, wenn man die offizielle Pandemie-Version und ihre Bekämpfungsmaßnahmen anzweifelt.

Teilnehmer an Protestveranstaltungen oder Kritiker werden in der Presse regelrecht an die mediale Wand gestellt. Begriffe wie "Corona-Leugner", "Spinner", "Schwurbler", "Aluhüte", "Querdenker", "Nazi", "Rechter" und "Reichsbürger" dürfen dabei nicht fehlen.

Es gibt Hunderte, wenn nicht Tausende Beispiele von Menschen, die wegen ihrer Kritik an den Corona-Maßnahmen ihren Job verloren haben, ausgegrenzt, diffamiert und verleugnet wurden. Täglich werden es mehr. Vorsicht also, wer die vorherrschende Corona-Ideologie kritisiert!

In den Kanon der staatlichen, medialen und gesellschaftlichen Meinungsunfreiheitsfaschisten reihte sich jüngst ein neuer Begriff ein: "Wissenschaftsleugner". Dieses Stigma vereinigt sozusagen alle bisherigen Diskriminierungen zu einem einzigen Totschlagargument.

Das bedeutet: Jeder Kritiker an der herrschenden politischen und wissenschaftlichen "Ideologie" (genauso nenne ich das) wird sofort in die Ecke eines Halbgebildeten gestellt, der keine Ahnung hat, ja mehr noch: Rechtsradikal sei und zwar unabhängig davon, ob der Kritiker recht haben könnte oder nicht. "Wahr" darf also nur noch sein, auf was sich die Wissenschafts-Ideologen einigen. Das führt die Wissenschaft *ad absurdum*.

Vergessen wir nicht: "Revision ist Wissenschaft"

Für die gesamte Wissenschaft, egal in welchem Bereich, ist die "Revision" ("Änderung") aber grundlegend! Denn die Ethik der Wissenschaft fordert, die Fakten unabhängig von Herkunft, Motiven und Folgen zu prüfen und gegebenenfalls zu verändern und/oder zu korrigieren. Die moralisierende Interpretation von Kontexten hingegen kündigt den wissenschaftlichen Diskussionsprozess auf, denn dieser lebt von neuen Entdeckungen und neuen Perspektiven und verpflichtet jeden Forscher *de facto* zum Revisionismus.

Revision bedeutet nämlich eine sich immer wieder erneuernde Kritik nicht bloß an Einzelergebnissen, sondern auch an vorherrschenden Grundannahmen. Jede Revision wird über kurz oder lang zum Gegenstand einer neuen Revision. So funktioniert Wissenschaft.

Revision im Ausgang einer veränderten Quellenlage sollte das Postulat einer objektiven Wissenschaft sein und nicht das Festhalten an politisch-korrekten, pädagogischen und ideologischen Manipulationen,

Verfälschungen, Verbiegungen, Verneblungen und Verkürzungen. Doch stattdessen werden die "Revisionisten" von den Siegelbewahrern der politisch korrekten Wissenschaft als "Leugner" in Verruf gebracht.

Wissenschaftler als willige Diener der Politik

Die aktuellen Themen Ukraine, Corona und Klima müssen Gegenstand einer objektiven und neutralen Wissenschaft sein, einer Wissenschaft, die keine Dienerin der Politik ist.

Wahrheiten willentlich zu verschweigen mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft, und jeder, der sich dazu hinreißen lässt, ist lediglich ein Handlanger einer staatlich vorgeschriebenen Ideologie. Die Wahrheit darf nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden.

Der "Herr der Wissenschaft" kann politische Macht konsolidieren und volkspädagogisch unerwünschte Erkenntnisse eliminieren oder Kritiker diskreditieren. In Deutschland, so die Tendenz, die übrigens auch für unsere Geschichte zutrifft, "gehört" die Deutungshoheit dem Staat. Politisch korrekte Wissenschaftler und Historiker machen sich lediglich zu dessen Handlangern.

Wissenschaft hat aber eine Bildungsaufgabe und überträgt dem Forscher somit auch eine große politische Verantwortung. Denn je nach dessen Analysen und Studien ergeben sich politische Folgen aus den entsprechenden Konstruktionen und Interpretationen. Doch gerade in der Corona-, Klima- und Ukrainefrage stellt sich Wissenschaft zu großen Teilen in den Dienst der gesellschaftlich-politischen Pädagogik. Diese "Vereinheitlichung" lässt keine objektivwissenschaftliche Revision mehr zu.

So gleicht die pädagogisierende Vereinnahmung der Wissenschaft mit ihrer geistigen Gängelung einem moralischen Sondergericht für jeden Abweichler ("Leugner"), der es wagt – Fakten hin oder her – sich gegen das vorgezeichnete Bild zu wenden. Dadurch wird die politische Tendenz mit der Wahrheit gleichgesetzt. Das Monopol der Interpretation bleibt so beim Staat und seinen gehorsamen Wissenschaftlern sowie den Medien.

Fazit

Vor allem bei den Themen "Klima", "Corona" und "Ukraine" werden Skeptiker im angeblich "Meinungsfreiheits-Deutschland" 2022 immer häufiger mundtot gemacht, ausgegrenzt, ihre Existenz wird vernichtet und sie werden so letztendlich zum Schweigen gebracht.

Die Aussage "In Deutschland darf man alles sagen" ist somit eine faustdicke Lüge, denn sie suggeriert, dass, wenn man "alles" sagt, keinerlei Konsequenzen zu erwarten sind, aber genau das ist nicht der Fall, weswegen sich immer mehr Menschen scheuen, "alles" zu sagen. Sich dann aber über Russland zu echauffieren ist für mich fast schon masochistisch.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.